



WAHLPROGRAMM 2014

**PLÄNE FÜR EIN
NEUES EUROPA**

STAND: 18. FEBRUAR 2014

PLÄNE FÜR EIN NEUES EUROPA

WAHLPROGRAMM 2014

PRÄAMBEL

Wir lieben Europa!

Wir wollen die Zukunft Europas mitgestalten, für uns und für kommende Generationen. Wir erkennen die Chancen eines geeinten Europas, das aus der Vielfalt seiner Wurzeln, Traditionen und Kulturen mit Innovations- und Unternehmer_innengeist ein zukunftsorientiertes, demokratisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem entwickelt.

Europa zu lieben verpflichtet aber auch, Probleme kritisch und unvoreingenommen anzusprechen. Europa steht vor großen Herausforderungen und die Ursachen der Finanzkrise sowie der sozialen Verwerfungen müssen offen angesprochen werden, um wirkungsvoll bekämpft zu werden. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit beispielsweise gefährdet die soziale Stabilität und vergeudet das Potential einer Generation von Europäer_innen. Der effiziente und nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist die Basis für Europas Wettbewerbsfähigkeit, nicht der kurzsichtige Ruf nach scheinbar „billigen“ fossilen Energieträgern. Eine zukunfts-fähige Energiewende wirkt als Innovations-schub und ist ein zentrales Element einer proaktiven Klimapolitik.

WORUM GEHT ES BEI DER EUROPAWAHL 2014?

Europa muss auf zwei „Spielfeldern“ gestaltet werden: Die Aufgaben der Zukunft liegen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Es geht darum, den populistischen Re-Nationalisierungstendenzen in Politik und Gesellschaft rechtzeitig eine grundsätzliche und rationale europäische Position gegenüberzustellen. Wertvolle Errungenschaften der EU werden weniger als früher gewürdigt, da die ursprünglich selbstverständliche Zustimmung zur EU-Integration gegenüber den national-populistischen Strömungen in den Mitgliedstaaten massiv an Boden verliert. Europa steht an einem politischen Scheideweg:

Entweder können die Menschen für die weitere politische Integration gewonnen werden, oder der Weg zurück zur Re-Nationalisierung wird drastische negative Folgen für das Leben aller Europäer_innen bringen.

Eine weitere Weggabelung betrifft die wirtschaftliche Zukunft Europas: konsequente öko-soziale Maßnahmen sind nötig, um diesen Lebensraum für nachfolgende Generationen intakt zu erhalten.

Somit wird die Europawahl 2014 eine entscheidende Richtungswahl für unsere europäische Zukunft.

WARUM POLITISCHE EINIGUNG – WARUM EU?

Die europäische Einigung ist von großer Bedeutung, um in einer globalisierten Welt die anstehenden (Über-)Lebensfragen in Wirtschaft, Ökologie, Energie, Verkehr, in Fragen des sozialen Zusammenhalts, der Grundrechte, der Rechtstaatlichkeit und der Demokratie zu bewältigen, und um die Hoffnung zu bewahren, die globale Entwicklung im Sinne der europäischen Wertvorstellungen zu beeinflussen.

Im Zuge von Krisen nehmen nationalstaatliche Egoismen wieder zu. Übergeordnete europäische Ziele und gemeinsame Willensbildung treten hinter kurzfristige und „nationale“ Vorteile zurück. Die Berücksichtigung dieser Partikularinteressen hätte verheerende politische Folgen: Rückkehr zu Wirtschaftsprotektionismus, nationale Rücksichtslosigkeit bei ökologischen Zielen, Rücknahme der Niederlassungsfreiheit – und selbst europäische Völker können dadurch gegeneinander aufgehetzt werden.

Wir wollen eine wirksamere, effizientere, demokratischere Europäische

Union. Wir wollen das Erreichte sichern, Fehlentwicklungen korrigieren und grundlegende Reformen für eine zukunftsgerechte, politikfähige EU im Interesse aller Europäer_innen erreichen.

Noch ist das politische „Wir-Gefühl“ in Europa im Vergleich zur jeweiligen nationalstaatlichen Identifikation unterentwickelt, die Überzeugung der Unverzichtbarkeit einer europäischen Union hat sich als sinnvolle, zusätzliche politische Ebene noch nicht durchgesetzt. Es geht um den Aufbau einer europäischen politischen Identität – zusätzlich zur nationalstaatlichen – um eine „EU-Citizenship“, ein „europäisches Bürger_innenbewusstsein“ zu schaffen.

UNSERE GRUNDWERTE UND VISIONEN FÜR EUROPA

Wir stehen für

- ein Europa des Friedens und Zusammenhalts zwischen den Menschen und Staaten,
- ein Europa der Freiheit der Individuen und der Offenheit der Gesellschaft,
- ein Europa der Bürger_innen (und nicht bloß der „Staaten“ und ihrer Funktionär_innen),
- ein Europa für die Jugend, die Perspektiven für die Zukunft braucht,
- ein Europa der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und der Grundrechte,
- ein Europa des Wohlstands, auf Grundlage einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft,
- ein Europa der kulturellen, ethnischen und regionalen Vielfalt,
- ein Europa der grenzüberschreitenden Vernetzung von Regionen und Städten,
- Vereinigte Staaten von Europa mit einer föderalen, demokratischen Verfassung, sowie für
- ein Europa mit globaler Verantwortung.

Europäische Identität setzt europäische Demokratie voraus. Wir bekennen uns zu einer Reform der Institutionen, die die Rolle des Europäischen Parlaments im institutionellen System stärken, sowie Transparenz und Mitbestimmung der Bürger_innen fördern soll. Parlamentarismus braucht auch auf europäischer Ebene erkennbare Positionen, Wahlparteien und Fraktionen. NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum bekennt sich zur Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und wird zum Erfolg der drittstärksten Fraktion im Europäischen Parlament beitragen.

Für diese Werte und Ziele – für unsere europäische Zukunft – wird die Europawahl 2014 zu einer entscheidenden Richtungswahl. Wir wollen das Gemeinsame vor das Trennende stellen, Europa-Politik dialogfähig, sachlich und transparent machen, und zu einer selbstbewussten Rolle Europas in einer globalisierten Welt beitragen.

1 EIN DEMOKRATISCHES UND SELBSTBEWUSSTES EUROPA

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Die politische Integration Europas befindet sich in ihrer schwierigsten Phase. Keine Rede mehr von einer praktisch erwarteten „ever closer and wider integration“, wie dies noch in den Verträgen steht. Im Gegenteil, Rückschritte stehen im Raum: Großbritannien droht mit Austritt aus der EU und nach wie vor besteht die Gefahr eines Zerfalls der Euro-Zone.

Die demokratiepolitischen, wirtschaftlichen, finanzpolitischen, ökologischen und sozialen Politikdefizite und die daraus resultierenden Legitimations- und Demokratie-Probleme haben ihren Ausgangspunkt in der steckengebliebenen Integrationspolitik, der von den Mitgliedstaaten (mit-)verursachten Schwäche der EU und der ihr zugeordneten Sündenbock-Funktion. Vor allem fehlt die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, die Europäische Union gleichzeitig mit der wirtschaftlichen und monetären Integration, aber auch mit den notwendigen politischen Lenkungs Kompetenzen, Kontrollinstrumenten und Sanktionsmitteln bei Verletzung vorher gemeinsam beschlossener Regelungen auszustatten.

Trotz der Vereinbarungen über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) dominieren weiterhin die Einzelinteressen der Mitgliedstaaten und verhindern eine gemeinsame Außenpolitik. Dadurch ist auch die Einsetzung einer „Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ („EU-Außenministerin“) wirkungslos geblieben.

DIE VISION

Wir wollen ein demokratisches, föderales, starkes, leistungsfähiges, friedenssicherndes und weltoffenes Europa, das sich seiner Verantwortung für die Bürger_innen und der Rolle Europas in der Welt bewusst ist. Nicht die Anzahl der Mitgliedstaaten, sondern die Kohärenz der EU ist entscheidend für die Stärke der Union.

Herausforderungen, die die Bürger_innen Europas besser gemeinsam als auf einzelstaatlicher Ebene bewältigen können, sollen auf europäischer Ebene geregelt werden.

Voraussetzung dafür ist eine föderale, parlamentarische Demokratie mit einer Europäischen Verfassung – die „Vereinigten Staaten von Europa“.

Ihre Eckpfeiler sind eine rechtlich durchsetzbare Grundrechtsordnung, ein vollendeter Binnenmarkt, eine Wirtschafts- und Währungsunion auf Grundlage einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen, gemeinsamer Energie- und Infrastrukturpolitik und mit eigenständiger Finanzierung.

Um diese Vision zu erarbeiten und zu verwirklichen, fordern wir einen von seinen Bürger_innen gewählten Verfassungskonvent, und von den Bürger_innen ein Plebiszit, das zeitgleich mit der EU-Wahl 2019 stattfindet. Als Grundlage dafür kann die von damals allen Mitgliedstaaten unterstützte Verfassung aus 2004 dienen.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Europäische Identität der Bürger_innen ausbauen und europäisches Bewusstsein schaffen

Europa weist offenkundige Schwächen auf: EU-Bürger_innen sind schlecht informiert. Daher bleiben europäisches Bewusstsein sowie politische Identifikation mit der EU unterentwickelt. „Brüssel“ und die dort tätigen Organe werden nur aus großer Distanz wahrgenommen.

Vorab gilt es, die Bürger_innen von der Notwendigkeit und dem Nutzen der EU zu überzeugen, damit sie sich der Europäischen Union auf übergeordneter politischer Ebene zugehörig fühlen, ohne deswegen ihre nationale und regionale Identität in Frage zu stellen.

Dazu brauchen wir

- eine grundlegend verbesserte politische Kommunikation der EU-Politik:

Es ist die Bringschuld der EU-Institutionen und der österreichischen EU-Ratsmitglieder, die österreichischen Bürger_innen über die wich-

tigen, alltäglichen politischen Prozesse und Entscheidungen zu informieren (v.a. über die Notwendigkeit von EU-Entscheidungen und deren Inhalt). Ohne Transparenz und ausreichender Information bleiben Demokratie und Partizipation der Bürger_innen unmöglich. Neben politischem Willen dazu sind auch ausreichende Ressourcen dafür bereitzustellen. Eine besondere Aufgabe kommt dabei den EU-Kommissions- und EP-Repräsentanten in den Mitgliedsländern zu. Es geht nicht um Propaganda für die EU, sondern um eine intensive Kommunikation durch Zuhören und Aufklären, damit die Bürger_innen eine Chance haben, den Entscheidungsprozessen zu folgen und daran demokratisch mitzuwirken.

- den Ausbau bzw. Neustart der politischen Bildung zum Thema EU:

Die meisten Europäer_innen leben in einer Union, die ihnen fremd ist. Schulen und öffentliche Institutionen in ganz Europa betrachten und unterrichten ihre nationale Geschichte und Politik, während Information zu Europa meist nur eine Nebenrolle spielt. Dieser Ansatz entspricht den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, ist aber seit langem überholt. Europa ist vielfältig und doch eine Einheit. Die Bürger_innen Europas müssen Ziele und Aufbau der EU so früh wie möglich kennen lernen und darüber (auch außerhalb des Schulunterrichts) informiert werden. Europäische Geschichte und politische Bildung zum Thema EU müssen verstärkt die Aufgaben und Chancen der Union behandeln und medial vermittelt werden, um allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu verschaffen. Dazu ist ein Fach „Politische Bildung“ auf allen Bildungsstufen einzurichten und die Pädagog_innen- sowie Journalist_innenausbildung entsprechend zu reformieren. Es muss das Bewusstsein geschärft werden, dass Europa mehr ist als die EU, und dass die EU mehr ist als ein Binnenmarkt, die Vergabe von Förderungen und die Euro-Zone.

Institutionelle Reformen vorantreiben

- Alle Möglichkeiten aus dem Lissabonner Vertrag sind auszuschöpfen, dies gilt vor allem für die „Verstärkte Zusammenarbeit“. Sie ist ein Bekenntnis zu einem Europa der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, eine Lehre die aus dem Fehler „Erweiterung vor Vertiefung“ gezogen werden muss.
- Das EU-Wahlrecht ist zu vereinheitlichen, gesamteuropäische Listen auf Basis der europäischen Parteienfamilien sind zu erstellen, über

die ein Teil der Abgeordneten zum Europäischen Parlament gewählt werden kann.

- Mitgliedern des Europäischen Parlaments ist Rederecht im Nationalrat einzuräumen.
- Das Wahlrecht von EU Bürger_innen ist in deren Wohnsitzgemeinden für Kommunal-, Landtags- und Parlamentswahlen einzuräumen.
- Die Anforderungen an Europäische Bürger_innen-Initiativen müssen gesenkt werden: Derzeit ist die Unterstützung von 1.000.000 Bürger_innen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erforderlich, damit eine Bürger_innen-Initiative von der Europäischen Kommission behandelt wird. Initiativen sollen künftig auch an das Europäische Parlament gerichtet werden können, nicht nur an die Kommission, um das entsprechende Entscheidungsverfahren im Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament einzuleiten.
- Die Transparenz von Ratsentscheidungen ist zu erhöhen. Das Stimmverhalten aller Regierungsvertreter_innen bei Abstimmungen muss offengelegt werden.
- Die seit 2000 geplante Verkleinerung der EU-Kommission ist umzusetzen.
- Alle Exekutivaufgaben, die derzeit noch beim Europäischen Rat liegen, sind auf die EU-Kommission zu übertragen.
- Das Europäische Parlament soll einen einheitlichen Sitz bekommen („Single Seat“). Der Sitz in Straßburg soll aufgelassen werden und dafür soll eine europäische Alternative geschaffen werden.
- Die Rolle Europas in der Welt verlangt eine Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Dazu muß Europa endlich mit einer Stimme sprechen durch den/die „Hohe Vertreter_in der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ („EU-Außenminister_in“). Der gemeinsame Auswärtige Dienst ist zu stärken und möglichst viele nationalstaatliche diplomatische Aufgaben sind an ihn zu transferieren. Allem voran ist ein gemeinsamer Konsularischer Dienst für alle EU-Bürger_innen einzurichten.
- Das EU-Förderwesen ist zu überarbeiten und neue Prioritäten sind festzulegen. Sie müssen das Leben europäischer Bürger_innen verbessern, Arbeitsplätze schaffen, Bildung und Ausbildung, Innovation,

Forschung und nachhaltige Entwicklung voranbringen. Ausgaben für die Verwaltung und bürokratische Hürden sind zu senken. Subventionen dürfen nicht danach vergeben werden, dass sich einzelne Mitgliedstaaten das „zurückholen“, was sie in die EU eingezahlt haben („just return“), sondern danach, ob die Ziele der Förderungen auch erreicht werden.

- Eine gemeinsame EU- Migrations- und Asylpolitik ist umgehend zu beschließen.
- Das Konzept der gemeinsamen militärischen Kapazitäten (Eurokorps, „Battlegroups“, etc.) ist auszubauen, ebenso die Agenden der Europäischen Rüstungsagentur.

Als langfristige Ziele sollen

- der/die Kommissionspräsident_in durch die EU-Bürger_innen direkt gewählt werden und einer EU-Regierung vorstehen. Die Europäische Kommission wird in eine EU-Regierung umgewandelt, deren (höchstens 15) Minister_innen auf Grundlage eines Hearings durch das Europäische Parlament bestätigt und im Rat vom Präsidenten/der Präsidentin ernannt werden.
- das Europäische Parlament als erste von zwei gesetzgebenden Kammern eingerichtet und legitimiert werden, basierend auf Grundlage eines proportionalen Wahlrechts. Die zweite gesetzgebende Kammer soll den Europäischen Rat ersetzen und repräsentiert die Mitgliedstaaten durch eine gleiche Zahl direkt gewählter Mandatar_innen (System der doppelten Mehrheit: Mehrheit der Unionsbürger_innen und Mehrheit der Mitgliedstaaten).

Freiheit, Datenschutz und Sicherheit für Bürger_innen

Der Druck, den Schutz der Privatsphäre zugunsten einer erhöhten behördlichen Überwachung aufzugeben, wird zunehmend größer. Über Bürger_innen werden Unmengen an Daten gesammelt und dabei wird oft rechtswidrig mit deren Geheimhaltung umgegangen. Aber auch kommerzielle Organisationen versuchen, sich Eigentumsrechte an persönlichen Daten zu sichern.

Umgekehrt werden mit Hinweis auf das Amtsgeheimnis Informationen der Öffentlichkeit und sogar dem Parlament vorenthalten. Sicherheit

darf nicht zum Überwachungsstaat führen, die Transparenz des Staates, nicht aber einzelner Bürger_innen ist gefordert.

- Datensouveränität:

Selbstbestimmte Bürger_innen sind die allein berechtigten Eigentümer_innen ihrer persönlichen Daten. Um beliebige Speicherung und Auswertung von persönlichen Daten durch Dritte – seien es staatliche oder private Organisationen – zu vermeiden, ist der „Bürger_innen-Daten Safe“ einzurichten. Die persönlichen elektronischen Daten liegen ausschließlich den Bürger_innen gesammelt vor, die diese Daten selbst nach dem „Need to Know-Prinzip“ freigeben können. Damit kontrollieren die Bürger_innen ihr eigenes Datenprofil und die Datenmacht wird zum Individuum zurückverlagert.

- Wahrung der Rechte der Bürger_innen auf Privatsphäre und Schutz der persönlichen Freiheit:

Wir fordern eine durchsetzungsfähige Behörde, die sowohl qualitativ als auch quantitativ ausreichend ausgestattet ist, um gegenüber Behörden, öffentlichen Körperschaften sowie Unternehmen und NGOs die gesetzlichen Regeln zu exekutieren.

- Open Data und Open Science Initiative:

Was mehrheitlich mit öffentlichen Geldern oder Gebühren finanziert wird, gehört auch der Öffentlichkeit. Datenbestände des öffentlichen Sektors sind grundsätzlich frei zugänglich zu machen – sowohl als Rohdaten als auch mit einer Referenzinterpretation. Einschränkungen sind nur in Ausnahmefällen zum Schutz der Privatsphäre sowie der nationalen Sicherheit erlaubt.

- Netzpolitik – Netzneutralität und Zensurfreiheit:

Ein Grundgedanke des Internets ist die freie, unzensurierte und gleichberechtigte Kommunikation. Diese Netzneutralität garantiert die Freiheit des Internets, Innovationskraft, Meinungsfreiheit und Chancengleichheit und damit die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft. Digitale Netze sind ein öffentlicher Raum und wesentlicher Bestandteil des sozialen Austauschs aller Bürger_innen.

- Die Vorratsdatenspeicherung ist abzuschaffen.

2 CHANCEN FÜR NETZWERKE EUROPÄISCHER STÄDTE UND REGIONEN

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Rund 75% der EU-Bevölkerung leben in Großstadtreionen und Regionen mit mittlerer Bevölkerungsdichte. Überall in Europa sind Städte Motoren des Wirtschaftswachstums, in praktisch allen europäischen Ländern sind städtische Gebiete die wichtigsten Erzeuger von Wissen und Innovation – die Zentren einer globalen Weltwirtschaft. Für Städte mit über einer Million Einwohner liegen die BIP-Werte 25 % über dem Gesamtwert der EU und 40 % über dem Wert des jeweiligen einzelstaatlichen Durchschnitts. Die Unterschiede zum Beitrag von Städten zu den BIP-Werten nehmen mit abnehmender Größe der Städte ebenfalls ab.

Städte und ihr Umland sind der Motor der europäischen Wirtschaft. Sie sind allerdings auch am stärksten von den sozialen Folgewirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen.

Einige ländliche Regionen benötigen „Anschub“, da Europas Regionen die Basis für einen dringend notwendigen Strukturwandel sind, der eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine emissionsarme Re-Industrialisierung mit zukunftsweisenden Produktionsstrukturen ermöglicht. Energiewende und „Green Economy“ sind zukunftsweisende Konzepte, die den Umbau zu nachhaltigem Wirtschaften auf Basis einer freien Marktwirtschaft ermöglichen. Nur dadurch können langfristig Arbeitsplätze geschaffen, Armut verringert und soziale Stabilität erreicht werden.

Politische Maßnahmen, die die Entwicklung städtischer und ländlicher Regionen betreffen, sind daher für Europa von zentraler Bedeutung.

Mit der europäischen Kohäsionspolitik 2014-2020 werden rund 370 Mrd. Euro für Investitionen in den Regionen bereitgestellt. Dieses zentrale Instrument der EU zur Stimulierung von Investitionen dient der Verwirklichung der Europa-2020-Ziele: Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, Belebung von Forschung, Entwicklung und Innovation, Bekämpfung des Klimawandels und der Energieabhängigkeit, Verbesse-

rung der Bildung sowie Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung. In Bezug auf die notwendigen strukturellen Änderungen gehen diese Maßnahmen jedoch noch nicht weit genug.

Nur starke Regionen mit einem hohen Maß an Selbstverwaltung können ein starkes Europa sichern. Der Aufbau muss streng dem Subsidiaritätsprinzip folgen, Befugnisse sind von unten nach oben zu delegieren und nicht umgekehrt.

DIE VISION

Ein Europa der vernetzten „intelligenten“ Städte und Regionen löst sich aus der Umklammerung der Nationalstaaten und verschmilzt grenzüberschreitend. Im Zentrum stehen die Regionen und deren Menschen – Basis für Kultur, Solidarität und Toleranz. Unsere politische Vision ist eine regional vernetzte, länderübergreifende Wirtschafts-, Energie-, Gesundheits- und Bildungspolitik. Lokale Lebens- und Wirtschaftsräume („economies of regions“) bieten die Chance für langfristig sichere Arbeitsplätze und einen effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Subsidiarität führt zu mehr Transparenz und Bürgernähe.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Europa nahe an den Bürger_innen

Regionen und Kommunen stiften Identität und sind kulturell, sozial und ökonomisch den Bürger_innen nahe. Der Nutzen Europas kann den Menschen durch konkrete regionale Initiativen, dezentrale Strukturen und Verantwortlichkeiten im Sinne der Subsidiarität leichter vermittelt werden als durch Argumente ausserhalb ihres Alltags. Lokale Lebens- und Wirtschaftsräume („economies of regions“) bieten die Chance für langfristig sichere Arbeitsplätze und einen effizienten Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen.

- Ziel ist die Entwicklung enger, grenzüberschreitender Partnerschaften und Partizipationsmöglichkeiten zwischen den betroffenen Bürger_innen, der lokalen Wirtschaft und den politischen Akteuren.

Intelligente Städte und Gemeinden – mehr Chancen für Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt

Die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP) für Intelligente Städte und Gemeinden („Smart Cities and Communities“ – SCC) koordiniert die Entwicklung und Implementierung intelligenter Technologien in den Bereichen Energiesysteme, Mobilität, Informations- und Kommunikationstechnologien. Europa rückt damit Innovation ins Zentrum der Interessen und Forschungsinvestitionen wirken als Impulsgeber für regionale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung, sowie als wesentliche Eckpfeiler der Klimapolitik.

Diese Initiativen sind zu begrüßen und weiter auszubauen, jedoch werden die notwendigen Investitionsmittel für die europaweite Umsetzung aller Maßnahmen bei weitem unterschätzt. Es muss vorrangig massiv in Infrastruktur investiert werden, um u.a. den energie- und klimapolitischen Zielsetzungen in 2030-2050 sowie künftigen Lebens- und Wirtschaftsstilen gerecht zu werden. Daher braucht es

- neue langfristig orientierte Finanzierungsinstrumente (z.B. Infrastrukturanleihen),
- eine Re-Industrialisierung mit zukunftsweisenden, emissionsarmen Produktionsstrukturen,
- eine nachhaltige Stadtentwicklung mit integrierter Raum-, Energie- und Mobilitätsplanung,
- verstärkten Technologie- und Knowhow-Transfer zwischen europäischen Regionen (z.B. Stadt-Umland-Management),
- stärkere Beteiligung der Bürger_innen an der Entwicklung städtischer und ländlicher Regionen,
- wirtschaftspolitische Maßnahmen zur verstärkten Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben.

Subsidiarität durchsetzen und Koordination stärken

- Mehr Autonomie der Regionen heißt mehr Eigenverantwortung. Subsidiarität, d.h. das Streben nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, muss in Kommunen und Regionen gestärkt werden. Nur dadurch ist gewährleistet, dass die EU ein flexibles und demokratisches System bleibt. Daher muss dem Subsidiaritätsprinzip in

der europäischen Ordnung, insbesondere im Bereich der geteilten Zuständigkeiten, eine höhere Stellung als bisher zukommen.

- Stärkere Koordination der politischen Interessensvertretungen der Regionen sollen in den europäischen Institutionen für eine bessere Abstimmung der Regionalplanung über nationale Grenzen hinweg sorgen. Für Österreich bedeutet dies in erster Linie eine verstärkte Mitteleuropa-Kooperation.
- Stärkung grenzüberschreitender Zusammenarbeit von Nachbarstaaten und -regionen, vor allem mit einem Schwerpunkt zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte.
- Wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen Nationalstaaten gefährdet die europäische Einheit. Regionale Vernetzung hilft, diese Unausgewogenheiten abzubauen und damit Europa insgesamt zu stärken. Länderübergreifende Maßnahmen bei Wirtschafts-, Energie-, Gesundheits- sowie Bildungs- und Kulturpolitik sind daher zu unterstützen.

Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken

Die „Strategien zu intelligenter Spezialisierung“ von Regionen sind ein wichtiges Element der EU-Kohäsionspolitik 2014-2020. Sie sollen Regionen dabei helfen, ihre Stärken zu erkennen und sich auf regionale Ressourcen zu konzentrieren, zur besseren Ausschöpfung ihres Innovationspotenzials. Dies steigert sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die damit verbundene Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Investitionen sollen dadurch zielgerichtet und mit größerem Mehrwert eingesetzt werden.

Diese Entwicklungen sind zu begrüßen, es ist jedoch darauf zu achten, dass folgende Faktoren parallel berücksichtigt werden:

- Mittel der europäischen Strukturfonds sind grundsätzlich degressiv und zeitlich limitiert zu gestalten, sowie laufend durch effizientes Controlling auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.
- Zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen von strukturell schwachen Regionen ist allem voran eine regionale und transnationale Zusammenarbeit voranzutreiben.

- Zur Koordination von Forschungsaktivitäten sind regionale Forschungscluster mit Beteiligung des privaten Sektors zu forcieren.

Kultur und Vielfalt stärken

Die Vielfalt der europäischen Kulturen, Sprachen und regionalen Identitäten ist eine Bereicherung und eine Chance für die Zukunft Europas.

- Eine konstruktive Entfaltung dieser Vielfalt bedarf des Dialogs und der Verständigung. Hierbei kommen Austauschprogrammen für alle Berufs-, Bildungs- und Altersstufen eine große Rolle zu und europäische Kulturpolitik muss den Zugang seiner Bürger_innen zur kulturellen Vielfalt Europas fördern. Dabei sollen die Eigenheiten von Kulturen, insbesondere die kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten gewahrt und gefördert werden, um sich ohne den Zwang künstlicher Grenzen in einem Europa der Regionen entwickeln zu können.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Wir ringen im Zeitalter der Globalisierung mit enormen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen die nur auf internationaler Ebene gelöst werden können.

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der Union ist bis heute nur ein Schlagwort geblieben und wird ihrem Namen nicht gerecht. Ein Beitrag Europas zur globalen Friedenssicherung, zur Überwindung von Gewalt als Mittel der Politik sowie zur Bekämpfung weltweiter Armut und zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt hat nur eine Chance, wenn Europa gemeinsam handelt, mit einer Stimme spricht und Ressourcen bündelt.

Als mündige Bürger_innen arbeiten wir für eine friedlichere, ökologischere, demokratischere Welt und die universale Umsetzung der Menschenrechte. Nur ein starkes Europa kann zu einer solchen Welt beitragen, nicht aber ein uneiniges Bündel von achtundzwanzig Staaten, die von nationalen Eigeninteressen getrieben sind. In Europa verhindern unterschiedliche nationale Egoismen noch ein gemeinsames Handeln. Die Bedeutung der „Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ (EU-Außenminister_in) wird derzeit noch dadurch so eingeschränkt, dass der europäische diplomatische Dienst wirkungslos ist.

Eine Sicherheitsarchitektur, die auf 28 nationalstaatlichen Armeen beruht, ist ein überflüssiges Relikt der Vergangenheit, da Kriege zwischen EU-Mitgliedstaaten unwahrscheinlich geworden sind. Das Nebeneinander nationalstaatlicher Armeen verringert die Effizienz und Effektivität der europäischen Sicherheitspolitik und verursacht hohe Kosten in allen Mitgliedstaaten. Auf kaum einem anderen Gebiet ist der Sinn einer Europäischen Einigung so offenkundig wie bei der GASP.

DIE VISION

Eine neue Strategie für effiziente europäische Aussenpolitik stützt sich auf folgende Grundsätze:

Europas Bürger_innen werden durch eine starke EU vertreten

Während der Einfluss der europäischen Nationalstaaten in einer Welt, die zunehmend von Kontinentalstaaten dominiert wird, rapide abgenommen hat, hat ein Vereinigtes Europa eine Chance zum „global player“ zu werden, einer Macht mit weltweitem Einfluss.

Europa vertritt seine Werte und seine Interessen in der Welt

Europäische Aussenpolitik setzt sich für die fundamentalen Werte des Friedens, der Menschenrechte, der Erhaltung der globalen Lebensgrundlagen und für die Interessen aller Bürger_innen Europas ein. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik versteht sich als Friedenspolitik. Die Weiterentwicklung und Reformen von den Vereinten Nationen, UN-Friedensmissionen, Rüstungskontrollen und Abrüstung sind wesentliche Bestandteile der gemeinsamen Sicherheitspolitik, neben dem Engagement Europas für das internationale zivile Krisenmanagement. Eine gemeinsame Europaarmee ersetzt nationale Heere, aufbauend auf den Anfängen von Eurokorps und EU Battlegroups.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Zur Stärkung gemeinsamer Interessen bedarf es folgender Maßnahmen:

- Beschluss einer neuen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS). Sie bildet die Grundlage für eine umfassende gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und basiert auf grundlegenden europäischen Schwerpunkten (z.B. Multilateralismus, aktive regionale Partnerschaften) sowie Werten (z.B. Menschenrechten, Verhinderung von Proliferation). Österreich spielt bei der Formulierung der gemeinsamen europäischen Interessen und Werte und der darauf basierenden Strategie eine Vorreiterrolle.

- Europas Außenpolitik wird von einem/einer demokratisch legitimierten und dem EU-Parlament verantwortlichen Außenminister_in vertreten.
- Europa spricht mit einer Stimme. Die Sitze, die die europäischen Staaten in verschiedenen internationalen Organisationen einnehmen, verschmelzen zu einem EU-Sitz. Voraussetzung dafür ist eine verpflichtende Koordination der Außenpolitik über den institutionalisierten Austausch sämtlicher Informationen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zwischen den Außenministerien und Botschaften aller EU-Staaten.
- Vertretungsaufgaben der einzelnen Mitgliedstaaten werden so weit wie möglich an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) übertragen. Vor allem konsularische Tätigkeiten erfolgen durch die Vertretungen der Europäischen Union, um einheitliche und transparente Standards für die Visavergabe zu garantieren.

Eine gemeinsame Europaarmee

Solange Gewalt und Terror Realität sind, kann auch Europa auf militärische Mittel zur Verteidigung seiner Sicherheit, seines Territoriums sowie zur internationalen militärischen Nothilfe nicht verzichten. Die Sicherheit aller EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bürger_innen ist nur gewährleistet, wenn Europa als ganzes sicher ist und solidarisch zusammen steht.

- Deshalb wollen wir die schrittweise Integration der nationalen Streitkräfte („pooling und sharing“) und anderer vorhandener Strukturen (z.B. Eurokorps und EU Battlegroups) zu einer gemeinsamen Europaarmee.
- Mittelfristig sollen diese gebündelten militärischen Strukturen die EU in die Lage versetzen, die Sicherheit der Bürger_innen Europas zu garantieren und friedenserhaltende und friedensstiftende Aufgaben der Vereinten Nationen zu übernehmen. Dies erfolgt im Sinne der UN-Formel „Responsibility to Protect“, also wenn ein Staat die eigene Bevölkerung gegenüber massiven, lebensvernichtenden Bedrohungen nicht schützen will oder kann.
- Eine solche Armee muss unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments stehen und soll als Freiwilligenarmee fungieren. Dadurch wird

auch die allgemeine Wehrpflicht in jenen Staaten, in denen sie noch besteht, obsolet.

Europäische Erweiterung und Nachbarschaft

- Europa betreibt eine aktive und innovative Nachbarschaftspolitik mit besonderen Schwerpunkten auf Ausbau von Demokratie und Rechtstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte sowie Effizienz und Verantwortlichkeit in der Verwaltung.
- Die EU steht grundsätzlich allen europäischen Staaten offen, die die Kopenhagener Beitrittskriterien (politische, wirtschaftliche und Acquis-Kriterien) vollständig erfüllen und der weiteren Integration Europas positiv gegenüber stehen. Allerdings bedarf die EU umgehend einer grundlegenden institutionellen Reform, um nach den letzten Erweiterungsrounds rasch wieder entscheidungs- und aufnahmefähig zu werden.
- Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) wird unter besonderer Berücksichtigung der östlichen und der euro-mediterranen Partnerschaften („Union de la Méditerranée“) gestärkt.
- Europa hilft in anderen – beispielsweise afrikanischen – Ländern, anstatt sich nur auf die Bekämpfung von Symptomen der Migration zu beschränken. Eine Neudefinition der europäischen Beziehungen zur Afrikanischen Union ist hierfür notwendig. Die bereits versprochenen 0,7% des Budgets der EU-Mitgliedstaaten werden für einen europäischen Marshallplan verwendet. Europa unterstützt vor allem lokale Initiativen zur Verbesserung der „good governance“, der Armutsbekämpfung, der Förderung von Rechtssicherheit, der Menschenrechte und der Schaffung von wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen, die Entwicklung und Fortschritt im Zielgebiet fördern.
- Eine Totalreform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sorgt dafür, dass lokale Bauern in Entwicklungsländern ihre Marktchance behalten und nicht durch die Konkurrenz subventionierter europäischer Waren in den Ruin getrieben werden. Europa ermöglicht dadurch in vielen Entwicklungsländern den ärmsten Bevölkerungsteilen eine eigene, profitable Einkommensquelle und reduziert damit Anreize zur Migration. Der Erhalt und Wiederaufbau regionaler Lebensgrundlagen hat Vorrang vor EU-Exportinteressen.

Europas Grenzen

- Bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen ist auf den Schutz der Menschenrechte umfassend zu achten. Deren Verletzungen und gewaltsame Übergriffe sind zu unterbinden. Die Mitgliedstaaten der EU sehen sich in der Pflicht, in See- oder sonstige Not geratene Menschen zu retten und im Zielland einen Asylantrag stellen zu lassen. Zur besseren Koordination der gemeinschaftlichen Aufgabe ist das operative Personal unter stärkerer Einbindung von NGOs und internationalen Organisationen auszubilden, sowie auch ein unabhängiges Monitoring- und Evaluierungssystem einzuführen.
- Vorrangig ist der Kampf gegen jene Ursachen, die Menschen zu einer oft lebensgefährlichen Reise in die EU drängen. Es gilt Resettlement-Programme des UNHCR wahrzunehmen sowie in den von Flucht betroffenen Regionen selbst „braindrain“ (Abwanderung von zum Aufbau notwendigen Wissen) durch wirtschaftliche Unterstützung zu verhindern.

4 DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEFLÜGELT UNTERNEHMER_INNENTUM UND SCHAFFT WOHLSTAND UND BESCHÄFTIGUNG

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Seit Jahren befindet sich der ganze Kontinent in einer Strukturkrise, die zu einem grossen Teil durch die schlecht koordinierte Europapolitik ausgelöst wurde.

In der EU gibt es über 20 Millionen kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU). Diese machen mehr als 95 % aller Unternehmen aus und sind die Hauptantriebskraft für wirtschaftliche Entwicklung, Innovation, Beschäftigung und soziale Integration. 9 von 10 Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte, KMU schaffen 2 von 3 Arbeitsplätzen. Überbordende Regelungen und Bürokratie behindern gerade diese Unternehmen im Wettbewerb, darüber hinaus wurde der Zugang zu Kapital durch die Finanzkrise erheblich erschwert.

Europa und seine Mitgliedstaaten haben einen hohen Aufholbedarf bei Wohlstand, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Wachstumsprognosen für die Wirtschaft in Europa sind auf ein niedriges Niveau gesunken, und lassen weiterhin hohe Arbeitslosigkeit erwarten. Dennoch verweigern es die Staaten der Europäischen Union die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein Wirtschaftsprogramm zu schaffen, das Innovation und Unternehmergeist fördert und damit nachhaltig Beschäftigung schafft.

Auch wenn Kritik an den bestehenden Modellen zum Wirtschaftswachstum angebracht ist, ist es eine unumstößliche Tatsache, dass die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an der geringen Wettbewerbsfähigkeit, an wachsender Ungleichheit zwischen den Regionen und an steigender Arbeitslosigkeit schuld sind. Die Konsequenzen davon sind dramatisch: Die Jugend hat kaum Perspektiven für den Aufbau von Wohlstand. Weite Teile des Kontinents leiden unter der steigenden Arbeitslosigkeit mit zunehmenden sozialen Konflikten. Zu viele potentielle Gründer_innen und Forscher_innen verlassen den

Kontinent. Universitäten, Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmen beklagen diesen „brain drain“. Europa verliert täglich an Innovationskraft.

Während Europa nur langsam den Weg ins 21. Jahrhundert findet, haben andere Regionen in der Welt einen gewaltigen Aufschwung genommen. Berichte der OECD weisen darauf hin, dass die wirtschaftliche Dynamik in Indien und China dazu führen wird, dass diese Länder mit ihrer Wirtschaftskraft die grössten OECD Länder (G7) spätestens 2025 überholen werden.

Im wachsenden globalen Wettbewerb kann sich Europa nur mit Erfolg behaupten, wenn wir Europa und seine Wirtschaft und Forschung umgehend zukunftsfit gestalten.

DIE VISION

Europa ist der größte Wirtschaftsraum und verfügt daher über ein großes Zukunftspotential. Dieses zukunftsfähige Wirtschaftsmodell basiert auf den Konzepten der sozialen Marktwirtschaft, die neben Innovation auch auf die Rechte der Arbeitenden und auf ökologische Nachhaltigkeit Rücksicht nimmt.

Der europäische Binnenmarkt und Europas weltweite Vernetzung sind die Grundlagen für Wohlstand, sowohl in Österreich als auch in Europa. Nur wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an neue Gegebenheiten angepasst werden, wenn bürokratische Hindernisse beseitigt, die Finanzierung von Unternehmen sichergestellt, Bildung und Ausbildung kontinuierlich verbessert wird, kann Innovation gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Durch entsprechende Maßnahmen werden soziale Spannungen verringert, Ressourcen und Umwelt geschont und neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die NEOS Vision einer europäischen Wirtschaftspolitik stützt sich auf folgende Grundsätze:

Globalisierung formen statt fürchten

Die Europäische Union vertritt europäische Interessen in den globalen Foren mit dem Ziel, die Globalisierung entsprechend dem europäischen Wirtschaftsprinzip zu gestalten: Im Mittelpunkt stehen das Wohlergehen der Menschen und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Europa

muss sich weltweit dafür einsetzen, dass Menschenrechte geachtet und ökologische Prinzipien eingehalten werden, etwa auch auf Ebene der WTO.

Kontinent der Gründer_innen

Europa setzt auf Innovation. Unsere Hochschulen bilden Nobelpreisträger_innen aus und ziehen Wissenschaftler_innen aus der ganzen Welt an. Junge Unternehmen erarbeiten Modelle für Informations- und Kommunikationstechnologien, die der Vernetzung der Wirtschaft und der Verbreitung von Wissenschaft und Technologie dienen und zugleich geistige Eigentumsrechte und Privatheit der Bürger_innen sicherstellen. Unsere Wirtschaft schöpft ihre Kraft aus Innovationen und verbessert laufend das nachhaltige europäische Modell des Wirtschaftens.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Internationale Wirtschaftspolitik

Die Europäische Union vertritt ein Wirtschaftsmodell, das auf Marktwirtschaft basiert und zugleich soziale und ökologische Rahmenbedingungen setzt. Die Durchsetzung dieses Modells auf globaler Ebene dient nicht nur den wirtschaftlichen Interessen Europas, um faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt herzustellen, sondern entspricht auch den Werten Europas. In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zu den Zielvorgaben der Transformation der Green Economy, wie sie im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) definiert sind. Es gilt aber, diese Prinzipien weltweit in Handels- und Investitionsabkommen durchzusetzen und insbesondere dafür zu sorgen, dass entsprechende Standards auch in der Welthandelsorganisation (WTO) ihren Niederschlag finden. Der Missbrauch von Standards zur Errichtung von Handelsbarrieren muss verhindert werden und den Entwicklungs- und Schwellenländern ist ein fairer Zutritt zum Weltmarkt zu ermöglichen.

Durch den Beschluss eines Programms „**Manufacturing in Europe**“, wird der Standort Europa wieder wettbewerbsfähiger.

- Stärkung von weitergehenden Initiativen zur Entwicklung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien auf EU-Ebene.

- Beschluss einer Initiative „**Invest in Europe**“, um – in Kooperation mit den Nationalstaaten und Regionen – nachhaltige und zukunfts-trächtige Industriezweige in Europa anzusiedeln.
- Beschluss einer Kampagne „**Return to Europe**“ mit dem Ziel, euro-päische Gründer_innen und Forscher_innen nach Europa zurückzu-holen.

Europäische Wirtschafts- und Innovationspolitik

Die Europäische Kommission schlägt dem Europäischen Parlament Leit-linien für eine **europäische Wirtschaftspolitik** vor und setzt diese um.

- Die Europäische Union verfügt über eigene **Budgethoheit**. Europä-ische Steuern werden gegen eine entsprechende Reduzierung der Mitgliedsbeiträge abgetauscht.
- Die Europäische Forschungspolitik muss verstärkt werden und eine stärkere Teilnahme der Klein- und Mittelbetriebe sicher stellen.
- Beschluss einer **Investitionsinitiative**, die Arbeitsplätze durch Er-neuerung der Infrastruktur fördert und die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft unterstützt.
- Beschluss einer europäischen **Bildungsinitiative**, die unsere kultu-relle Identität stärkt und innovatives, eigenständiges und unterneh-merisches Denken und Handeln attraktiv macht.
- Beschluss einer **Energieinitiative**, die bestehende Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern reduziert und ein zukunftsfähiges Ener-giesystem mit hoher Effizienz und erneuerbarer Energie ermöglicht.
- Beschluss einer **Kommunikationsinitiative**, die insbesondere den Erwerb von Fremdsprachen unterstützt. Fremdsprachenunterricht muss in der Volksschule beginnen.

Europäische Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik

Der Rahmen für Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik ist kontinuierlich an die Zielorientierungen, Wohlstandssicherung und ökologische Nach-haltigkeit anzupassen. Dies betrifft vor allem die Anreiz- und Vertei-lungswirkung öffentlicher Ausgaben und Regulierungen.

- Die Vergabe von Subventionen muss transparent werden und zielgerichtet Zukunftsorientierung fördern. Eine Umschichtung von der Förderung der Landwirtschaft hin zu Forschung und Innovation, sowie zum Ausgleich regionaler Unterschiede muss erfolgen.
- Regulierungen sind nur dort notwendig, wo Marktmechanismen zur Marktmacht von Monopolen und Oligopolen führen, und an-dere externe Effekte wie Umweltbelastungen und Unfälle nicht zu verhindern vermögen. Soziale Bedingungen zur Verhinderung von Lohndumping sorgen im europäischen Wirtschaftsmodell für faire Wettbewerbsbedingungen sowie für faire Entlohnung als Ziel der europäischen Wirtschaftspolitik.
- Im Abtausch mit Beiträgen der Mitgliedstaaten könnte durch euro-päische Steuern auf Ressourcen, wie Energie und Rohstoffe, zusätz-lich zur Lenkungswirkung auch eine Finanzierung für strategische Innovationen ermöglicht werden.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Soziale Konflikte innerhalb der EU aber auch zwischen Europa und den Nachbarregionen befinden sich im Anstieg.

Unterschiede zwischen arm und reich nehmen in bedrohlichem Ausmaß zu. Es besteht zwischen Ost und West sowie von Nord nach Süd ein Gefälle, das selbst innerhalb der Union zu großen Einkommens-, Wohlstands-, und Sicherheitsunterschieden führt. Zunehmende Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sind weitere Faktoren, die den sozialen Frieden gefährden.

Im Lichte dieser Prognosen und daraus resultierender Ängste können sich viele Menschen nicht mit der Union identifizieren und haben das Gefühl, dass ihre Ängste und Befürchtungen nicht ernst genommen und von der Politik nicht berücksichtigt werden.

Fragen zu Migration, Asyl und Integration werden zur Zeit in den einzelnen Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Standards gehandhabt. Durch das Fehlen eines gemeinsamen Vorgehens in der EU kommt es viel zu oft zu menschlichen Katastrophen und zur Überforderung regionaler Strukturen.

DIE VISION

Europa ist ein gemeinsames Haus für alle seine Bürger_innen

Der Europäische Wirtschaftsraum (Binnenmarkt) mit den vier Grundfreiheiten (Freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und Freier Kapital- und Zahlungsverkehr) bleibt ein lebloser Torso, wenn dieser nicht zu einem Sozialraum Europa weiterentwickelt wird.

Europa wird zu einem „gemeinsamen Haus“ für alle seine Bürger_innen, weil es den Schutz der Menschenrechte, die Erhaltung und Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Wahrung des sozialen Zusammenhalts als untrennbare Einheit sichert und durch individuellen Wohlstand erlebbar macht.

Die Menschen in der EU identifizieren sich mit Europa und haben eine positive und engagierte Einstellung.

Die EU hat eine Vorbild- und Vordenkerrolle in der Welt.

Die Politik der EU hat erreicht, dass Bedingungen für Wohlstand, Sicherheit der persönlichen Existenz und ein menschenwürdiges Leben mit Zukunft in Europa herrschen.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Weiterentwicklung der **Europäischen Sozialcharta**, um Menschen neue Chancen zu bieten, eigenständig zu Wohlstand zu kommen und die persönliche Existenz zu sichern.

- Entwicklung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aller Mitgliedsländer unter verpflichtender Beachtung aller Grundsätze der Charta der Grundrechte der EU sowie der Europäischen Sozialcharta.
- Rahmenregelungen innerhalb der EU für soziale Mindeststandards auf Basis einheitlicher Indikatoren, die nach regionalen Verhältnissen zu Gesundheitsversorgung, Wohnmöglichkeit sowie Einkommensrisiko definiert werden – aufbauend auf Artikel 34 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung) sowie auf Artikel 4 der Europäischen Sozialcharta (Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt).
- Angleichung von Grundleistungen um einerseits die Mobilität zu fördern, und andererseits um das Wohlfahrtsgefälle zwischen EU Mitgliedstaaten zu reduzieren. Mindeststandards für Gesundheitsversorgung (Versicherung), Arbeitsbedingungen, Bildungs- und Niederlassungsmöglichkeiten und Bürgerrechte müssen konsensual hergestellt werden.

- Vertrauensbildende Maßnahmen wie Transparenz und Auskunftspflicht sind unabdingbar.
- Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Regionen als Voraussetzung für verbesserte Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten.
- Neue Schwerpunktsetzung bei der Vergabe von Fördermitteln zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und für soziale Absicherung.

Asyl

- Gemeinsame europäische Asylpolitik: Einhaltung der durch EU-Gesetzgebung vorgegebenen Qualitätsstandards im Asylverfahren und in der Unterbringung von Asylwerber_innen durch die gemeinsame europäische Asylbehörde.
- Beschleunigung von Asylverfahren und rasche aktive Einbindung von Asylwerber_innen in den Arbeitsprozess .
- Änderung der Dublin 2-Verordnung zur Schaffung eines gesamteuropäischen Asylsystems, das gerechte und zumutbare Aufnahmequoten für jedes Land sicherstellt und die Zusammenarbeit aller EU-Mitgliedstaaten für gemeinsame Erstaufnahmezentren gewährleistet.
- Gemeinsame europäische Asylstandards durch Harmonisierung von Asylvollzug und Asylgerichtsbarkeit auf EU-Ebene.
- Ermöglichen von Asylantragsstellung in den Botschaften von EU-Ländern („Protected Entry Procedures“) in und nahe bei Krisenregionen und Bereitstellung von Information zum Asylrecht in der EU für Asylwerber_innen.
- Österreich veranstaltet einen europäischen Konvent für Asylpolitik als Initiative, um eine tragfähige gemeinsame Migrationspolitik zu entwickeln.
- Verstärkte Information der Öffentlichkeit zu den Themen Asyl und Migration, um Xenophobie und Populismus entgegenzuwirken.
- Identifikation von Best Practice Modellen und Verbreitung dieser Beispiele unter den EU-Mitliedsstaaten und den Regionen.
- Informationsverbreitung (vorrangig unter Medienvertreter_innen) als Voraussetzung für sachliche Berichterstattung.

Migration

- Schaffung eines Europäischen Einwanderungsrechtes mit klar definierten Regeln. Europa ist ein Einwanderungskontinent und wird durch Zuwanderung bereichert.
- Sicherstellung eines niederschweligen Zugangs zu Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen sowie zu Arbeitsgenehmigungen für Drittstaatsangehörige (insbesondere für Personen, die nicht EWR- oder Schweizer Bürger_innen sind und die eine Ausbildung in einem EU-Staat absolviert haben).
- Wir unterstützen die Forderung des European Anti-Poverty Network (EAPN), die Mittel der europäischen Sozialfonds verstärkt in Projekte der nachhaltigen Armutsbekämpfung in jenen Regionen Europas einzusetzen, die die Quellgebiete der derzeitigen Binnen-Migration aus wirtschaftlichen Gründen darstellen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Viele Staaten und Gebietskörperschaften der Europäischen Union sind hoch verschuldet und manche davon noch immer von den Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union (z.B. Europäischer Stabilitätsmechanismus – ESM) abhängig. Trotzdem gibt es kaum ein Land, das nicht weiterhin Jahr für Jahr neue Schulden macht. Eine echte und nachhaltige Sanierung von Staatsfinanzen scheint überall politisch schwer durchsetzbar zu sein, jedoch gilt es in Europa, in den nächsten Jahren die finanzpolitische Eigenständigkeit aller EU-Mitgliedstaaten wieder herzustellen.

Der Abbau der Staatsschulden alleine wird nicht ausreichen, um die Finanzkrise nachhaltig zu überwinden. Vielmehr müssen die Wettbewerbs- und Strukturdefizite innerhalb der Europäischen Union beseitigt, der Integrationsprozess vorangetrieben und das Vertrauen in die Zukunft Europas gestärkt werden.

Die Stärken und der Wohlstand Europas spiegeln sich im Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Kennzahl nur unzureichend wider. Daher sind neben der wirtschaftlichen Entwicklung für eine aussagekräftige volkswirtschaftliche Bewertung auch soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

DIE VISION

Europa hat die Finanzkrise überwunden, alle Mitgliedstaaten sind durch Entschuldungsoffensiven wieder handlungsfähig geworden. Das Wachstum der Finanzwirtschaft wurde reduziert, sie wächst im Einklang mit der Realwirtschaft. Die europäische Wirtschaft gewinnt laufend an Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitslosigkeit ist wieder auf Vorkrisenniveau. Alle EU-Mitgliedstaaten haben die finanzpolitische Eigenständigkeit wieder erlangt. Die nachhaltige Stabilität des Finanz-

systems Europas ist gewährleistet, die Regeln am Finanzmarkt basieren auf Eigenhaftung statt Vergemeinschaftung von Verlusten. Das Ziel der europäischen Wirtschaftspolitik ist die Sicherung des Wohlstandes, der anhand neuer Kennzahlen gemessen wird. Die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten haben sich verkleinert; Maßnahmen haben sich auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt und Wohlfahrtsunterschiede in der Union verringert. In Europa herrscht Zusammenhalt und der europäische Integrationsprozess wird von den Nationalstaaten getragen.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Der EURO als gemeinsame Währung gewährleistet die nachhaltige Stabilität des Finanzsystems

Die EU-Gebietskörperschaften (EU, Staaten, Bundesländer, Regionen, Gemeinden) müssen ihre Haushalte nachhaltig sanieren und dabei auf ein entwicklungsförderndes Steuersystem (Entlastung der Arbeit und Belastung von Ressourcen) setzen.

Die Staaten müssen die ursprünglichen Regeln des Fiskalpaktes wieder einhalten. Wie die Erfahrung zeigt, sichern Verträge alleine nicht finanzpolitische Tugend, zur nötigen Disziplinierung leisten auch vorsichtige Gläubiger ihren Beitrag, die eine exzessive Schuldenaufnahme gar nicht zulassen oder entsprechende Risikoaufschläge verlangen. Damit Gläubiger diese Aufgabe erfüllen, müssen sie bei Zahlungsunfähigkeit ohne Ausnahme in die Pflicht genommen werden.

Der Finanzsektor muss wieder seine Kernfunktion als wichtiger Dienstleister der Realwirtschaft wahrnehmen. Durch die Trennung von Kommerz- und Investitionsbanken werden eigene Handelsgeschäfte stark eingeschränkt und Spekulationen ausgelagert. Im Falle von Schieflogen dürfen die Folgewirkungen nicht auf die Steuerzahler_innen abgewälzt werden.

NEOS bezieht Position:

- Die Bankenunion ist im Sinne einer gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik notwendig. Jedoch ist diese nur mit geeigneten Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinien umzusetzen und

sinnvoll. Die Höhe des Abwicklungsfonds muss erhöht werden, da bei einer zu geringen Einlagensumme wieder der Steuerzahler die Finanzierung der Banken übernehmen muss und sich daher keine Sinnhaftigkeit der Bankenunion ergibt. Außerdem muss der Zeitraum des Aufbaus verkürzt werden und die Europäische Union muss Maßnahmen treffen, dass Banken, die sich am Markt nicht mehr refinanzieren können, nicht von erfolgreichen Banken querfinanziert werden.

- Eurobonds im Sinne einer gemeinschaftlichen Haftung für die Schulden der Euro-Staaten sind unter den gegebenen Umständen problematisch, da die Gläubigerländer dabei keine Kontrolle über die Schuldenaufnahme in Schuldnerländern hätten und somit Haftung und Verantwortung getrennt wären. Eurobonds, die von der Union zur Finanzierung ihrer eigenen Aufgaben ausgegeben werden, sind in Zukunft denkbar, jedoch nur falls das Europaparlament als demokratisch gewählte Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger das beschließt. Davon ausgenommen sind „projektbezogene Eurobonds“ zur Finanzierung realwirtschaftlicher Vorhaben (z.B. strategische Infrastrukturprojekte).
- Die Einführung einer weltweit akkordierten geringfügigen Finanztransaktionssteuer, die 0,1% auf Käufe und Verkäufe von Aktien und Anleihen sowie 0,01% auf Derivate in allen Handelsformen umfasst, ist zu begrüßen. Die Finanztransaktionssteuer soll von der Europäischen Union eingehoben werden. Mit dieser Einnahmenverantwortung wollen wir die Rechenschaftspflicht (Accountability) der Union als politische Ebene stärken. Um den Steuer- und Abgabendruck in den Mitgliedstaaten insgesamt nicht weiter zu erhöhen, ist der Mitgliedsbeitrag der einzelnen Länder um den entsprechenden Betrag zu kürzen.
- Die erfolgreiche Bekämpfung der Steuerflucht und der Geldwäsche erfordert eine europaweite Koordination.
- Für eine nachhaltige Sanierung von Finanzinstituten ist das Mindesteigenkapital neu zu definieren und gegebenenfalls zu erhöhen.
- Internationale Bemühungen zur Einschränkung von Spekulationen mit Lebensmitteln und Agrarpreisen müssen durch europäische Initiativen unterstützt werden.

EU-Haushalt und neue Prioritäten für das EU-Budget

- Von der Subventions- zur Investitionsunion: substantielle Reform des Subventionswesens, Umstrukturierung der Förderbereiche auf Basis des Konzepts des europäischen Mehrwerts (European Added Value – EAV).
- Grundlegende Reform der Common Agricultural Policy (CAP) zu einem Förderinstrument einer wettbewerbsfähigen, modernen, innovativen Agrarwirtschaft und einem Werkzeug der Landschaftspflege, des Klimaschutzes und der Artenvielfalt.
- Nachhaltige und verantwortungsvolle europäische Haushaltspolitik.
- Absolute Transparenz der Mittelvergabe und -verwendung.

Wohlstand statt „Wachstum“ – beyond GDP

NEOS steht für neue Maße zur Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs von Volkswirtschaften und verwendet ergänzend zum BIP die von der EU-weiten Initiative „Beyond GDP“ empfohlenen alternativen Kennzahlen zur Messung des Wohlstandes.

7 EIN ZUKUNFTSFÄHIGES, RESSOURCENSCHONENDES UND ÖKOLOGISCH NACHHALTIGES EUROPA

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Unübersehbar sind die EU-internen Konflikte um die Energie- und Klimapolitik geworden. Die einst mutige weltweite Vorreiterrolle zerbricht an politischen Kontroversen über die notwendigen Reformschritte. Im Blick durch den Rückspiegel werden von der Kohle bis zur Kernenergie wieder jene Energien propagiert, die schon längst ihr Ablaufdatum erreicht haben. Verweigert wird der Blick nach vorne zu jenen radikalen Innovationen, die unser Energiesystem von ausländischen Risiken wieder unabhängiger, ökologisch vertretbarer aber auch finanziell leistbarer machen.

Eine wirklich zukunftsfähige Energiewende muss zuerst in den Köpfen stattfinden und erfordert mehr als die bisher am politischen Konsens gescheiterte Reparatur des Emissionshandelssystems (EU ETS) oder einen simplen Ruf nach mehr Markt für Elektrizität und Gas. Europa hat die Kompetenz zu zeigen, wie Gebäude zu einem Teil der Infrastruktur für die Energiebereitstellung werden, wie sich Verkehr zu Mobilität emanzipieren kann, wie die nächste industrielle Revolution die Produktion wieder nach Europa bringt und wie sich erneuerbare Energien in einem innovativen Energiesystem entfalten können.

Wir können uns auch einen Ressourcenverbrauch im bisherigen Umfang nicht mehr leisten, weder ökologisch noch ökonomisch. Eine effiziente Ressourcennutzung ist entscheidend für Wohlstand und Lebensqualität in Europa und kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich steigern.

Die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ der Strategie Europa 2020 unterstützt den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, hocheffizienten und damit emissionsarmen Wirtschaft bis 2050. Die dazugehörigen Fahrpläne (EU Roadmaps, Weißbuch Verkehr, Energieeffizienzplan) enthalten Maßnahmenpakete in den Bereichen Energie, Verkehr,

Industrie und regionale Entwicklung, mit denen die EU bis 2050 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 95 % erreichen könnte. Vielfach sind dies jedoch nur rhetorische Ankündigungen, die Schritte zu einer konsequenten Umsetzung noch vermissen lassen.

Klimaänderung ist eine Herausforderung, aber auch eine Tatsache und wir müssen lernen, mit ihr umzugehen. Europa muss resilienter gegenüber den Effekten von Naturkatastrophen werden. Die Erhaltung der Artenvielfalt ist überlebenswichtig.

Neben der Bereitschaft, die Chancen neuer Technologien wahr zu nehmen und bisherige innovationshemmende Strukturen aufzugeben, geht es vor allem um einen grundlegenden Wandel unseres Wirtschaftssystems. Regionen und Städte haben das Potential, die Führungsrolle für eine zukunftsfähige Transformation unserer Wirtschaft zu übernehmen. Der Erfolg dieser Transformation ist an Mehrwerten zu messen: an erfahrbarem Wohlstand nicht nur für wenige Privilegierte, an lokaler Resistenz gegenüber internationalen Krisen durch verstärkte regionale Verschränkungen, aber auch an international wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen.

Proaktive Umwelt- und Klimapolitik sehen NEOS deshalb als Innovations- und Wirtschaftsmotor.

DIE VISION

Europa ist es gelungen zum Innovationsführer eines globalisierungsfähigen Wirtschaftsstils zu werden. Dem bewussten Umgang mit Energie und anderen Rohstoffen kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Die dafür notwendigen Technologien waren bereits weitgehend vorhanden oder wurden durch zielorientierte Forschung und Entwicklung erreicht.

Europas Importabhängigkeit von fossilen Rohstoffen konnte drastisch gesenkt und die Versorgungssicherheit gesteigert werden.

Für den erfolgreichen Wandel der bisherigen Strukturen waren politischer Mut und Kompetenz auf allen Ebenen der Gesellschaft erforderlich. Dabei zeigte sich, dass vor allem die Vernetzung von europäischen Regionen und Städten das dringend notwendige und nachhaltige „Wirtschaftswunder“ und die vielen neuen Jobs bewirken konnte.

Nachhaltiges Wirtschaften ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Partizipation aller Interessensgruppen bei größeren nationalen und

internationalen Projekten, die einen Einfluss auf die Umwelt und die Menschen haben, ebenfalls. Förderung der Artenvielfalt ist gelebte Priorität. Der Schutz unserer Böden ebenfalls. Es herrscht ein starkes Umweltbewusstsein in allen Mitgliedstaaten und wir sind gewappnet mit durch den Klimawandel bedingten Änderungen umzugehen.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Forschung und Innovation beflügeln

Europa weist gegenüber den USA und China eine wachsende Innovations- und Technologie-Lücke auf. Die notwendige Transformation in Richtung einer ressourceneffizienten Wirtschaft ist ein große Chance um die europäische Innovationskraft zu beflügeln. Neue Technologien („break-through-technologies“), die mit neuen Geschäftsmodellen radikale Veränderungen einleiten, können in lokalen Märkten getestet und großflächig ausgerollt werden. Daher muss europäische Innovationspolitik u.a. einen starken Fokus legen auf:

- Europaweite Förderung der Grundlagenforschung, wobei der erfolgreiche Weg des „European Research Council“ mit seiner projektorientierten und kompetitiven Mittelvergabe auszubauen ist.
- technologische Innovationsplattformen für Energie-Systeme, Mobilität, Informations- und Kommunikationstechnologien, die eine Entkopplung von wirtschaftlicher Aktivität und Ressourcenverbrauch (insbesondere Energieverbrauch) erlauben.
- europäische Innovationspartnerschaften zwischen den Sektoren wie z.B. Smart Cities and Communities Initiativen (Energie, Mobilität, IKT), die integrierte Lösungen ermöglichen.
- Globale Innovationskooperationen zwischen Institutionen der Bildung, Forschung und Politik, die sich für einen globalisierungsfähigen Wirtschaftsstil engagieren.

Integrierte Energie-, Klima- und Mobilitätspolitik

Entscheidend für die strategische Ausrichtung einer integrierten europäischen Energie-, Klima- und Mobilitätspolitik sind die Fragen: Wie stellen wir uns den Lebens- und Wirtschaftsstil Europas in den nächsten

Jahrzehnten vor? Wie werden wir wohnen und arbeiten? Wie werden wir mobil sein? Wie und wo werden unsere Sachgüter produziert?

Diese Herausforderungen sind die Grundlage weiterführender Entwicklungen eines zukunftsfähigen Energiesystems, mit dem alle dem gewünschten Lebens- und Wirtschaftsstil entsprechenden Energiedienstleistungen zu erfüllen sind.

Eine Wende in der energiepolitischen Debatte ist notwendig und an folgenden Fragen zu orientieren:

- Energie-Dienstleistungen: Welche thermischen (für Gebäude und Produktionsprozesse), mechanischen (für stationäre und mobile Antriebe) und spezifisch elektrischen (für Elektronik und Beleuchtung) Entwicklungen sind erforderlich?
- Energie-Produktivität. Mit welchen hochproduktiven Technologien können die notwendigen Energie-Dienstleistungen erbracht werden?
- Energie-Mix: Welche Energieträger sind dafür zu empfehlen?

Es steht ausser Streit, dass langfristig nur ein Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energieträger ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Der Übergang zu einem solchen System muss technologieoffen erfolgen.

- Wir brauchen eine rasche Abkehr vom sektoralen Denken hin zu einer integrierten Betrachtung der Zukunftsthemen. Dazu braucht es technisch, institutionell und sozial eine neue Bereitschaft zu Innovation. Eine neue lösungsorientierte Aufteilung der Direktorate der Europäischen Kommission ist dafür erforderlich (z.B. durch Vernetzung Energie, Umwelt, Infrastruktur).
- Wir fordern eine europäische Energiepolitik die innovative Technologien ermöglicht, mit denen die Transformation des Energiesystems vorangetrieben werden kann. Hocheffiziente Energiebereitstellung, innovative Produktionsprozesse, Gebäude als Infrastruktur für das Energiesystem, dienstleistungsorientierte Mobilität sind die Grundlagen für hohe Energieeffizienz, hohen Anteil von Erneuerbaren im Energiemix und Erreichung der Klimaziele. Damit können die Importabhängigkeit Europas von fossilen Energieträgern reduziert und langfristig stabile und wettbewerbsfähige Energiepreise erreicht werden. Diese Elemente spielen auch eine Rolle in der europäischen Sicherheitspolitik. Alte Monopol- und Oligopolstrukturen und einzel-

staatliche Interessen verhindern derzeit noch integrierte gesamteuropäische Ansätze für ein Energiesystem der Zukunft. Wir müssen neuen Geschäftsmodellen eine Chance geben und die Energiekompetenz verstärkt regionalisieren.

- Alle Maßnahmen im Energiebereich sind auf ihre Anreizwirkung zu überprüfen. (Die aktuelle Marktordnung für Elektrizität bewirkt beispielsweise, dass mit dem vermehrten Angebot von Erneuerbarem auch mehr Kohle eingesetzt wird.) Das EU-Emissionshandelssystem für Treibhausgase ist einer grundlegenden Reform zu unterziehen und wäre alternativ mit einem CO₂ Steuersystem zu ergänzen oder zu ersetzen.

Umwelt-, Klima- und Sozialverträglichkeitsprüfungen

Die neue Richtlinie der EU Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 veröffentlicht wird, verlangt erstmals vom Projektträger Analysen zur Resilienz, das heißt eine Analyse der Widerstandsfähigkeit der Schutzgüter (Biodiversität, Gesellschaft, kulturelle Güter, etc.), Effekte von Klimaveränderungen und eine erhöhte Aufmerksamkeit auf Bodenschutzanliegen, da ein funktionsfähiger Boden die Grundlage für Ökosystemfunktionen, Biodiversität und landwirtschaftliche Produktion darstellt. Die EU UVP RL ist auch Bestandteil der Maßnahmen zur Umsetzung eines Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa.

Diesem Resilienz-Gedanken muss insgesamt in politischen Entscheidungen verstärkt Rechnung getragen werden, da er entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Europas ist: Was muss geändert werden, damit die EU mit den Herausforderungen eines globalen Wandels und möglichen Krisen umgehen kann? Was heißt das für alle Versorgungsbereiche (Nahrungsmittel, Energie, etc.) aber auch für Kapazitäten und Ausgleichsflächen bei extremen Witterungsereignissen? Welche Art von Infrastrukturen sind europaweit prioritär zu entwickeln?

- Wir fordern einen EU-weiten Resilienz-Plan mit einer Risikoabschätzung und daraus resultierender Risikominimierung, beispielsweise bei ökologischen Ausgleichsflächen und Renaturierungen, etc.

Umweltbildung und Umweltbewusstsein stärken

- Wir fordern eine Intensivierung der Vermittlung von Umweltbewusstsein EU-weit, quer durch alle Bildungseinrichtungen. Gezielte Projekte und internationale Austauschprogramme zu ökologischen und sozialen Schwerpunktthemen helfen die Sensibilität hinsichtlich der globalen Herausforderungen (Bodenschutz, Ressourcenschutz, Emissionsverringerung, nachhaltige Entwicklung, etc.) zu unterstützen. Ergebnisse daraus sind europaweit zu kommunizieren.

Gesamteuropäische Schwerpunkte für Infrastrukturplanung

- Wir müssen heute in Infrastrukturen investieren, die mit den Roadmaps 2050 und anderen europäischen Fahrplänen (z.B. Weißbuch Verkehr) zielkompatibel sind. Dies muss europaweit koordiniert erfolgen („projects of common interest“) um Doppelgleisigkeiten und verlorene Investitionen (stranded investments) zu vermeiden und gilt vor allem für Energiesysteme, Mobilität, Datennetze und andere Infrastrukturen. Der Investitionsbedarf wird bei weitem unterschätzt und bedarf neuer Finanzierungsinstrumente, die langfristig orientiert sind. Für Investoren sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Investitionssicherheit gewährleisten.

Aktive Umweltpolitik als Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb

- Viele europäische Richtlinien zur Steigerung der Energieeffizienz, zur ökologischen Produktgestaltung, etc. führen zu Produkt-/Serviceinnovationen und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. In der Öffentlichkeit werden diese allerdings oft als bürokratische Vorschriften und Bevormundung der Bürger_innen wahrgenommen. Hier ist deutlich mehr Aufklärung über den Nutzen der Richtlinien notwendig (z.B. geringere Energiekosten, weniger Schadstoffe, optimierte Rohstoffkreisläufe, etc.).
- Innovative Unternehmen sind häufig umweltbewusste Vorreiter, weil Innovation immer die effizientere Verwendung von Ressourcen bedingt. Andererseits dürfen Umweltregulierungen nicht zu unnötigen Bürokratiekosten (z.B. aufgrund von Informationspflichten, etc.) führen, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

Neue Finanzierungsmechanismen für die langfristige Transformation

- Zur Unterstützung der Finanzierung für die neuen Infrastrukturanforderungen bei Energie wird die Schaffung eines europäischen „Transformations-/Innovationsfonds“ bzw. die Ausgabe von Infrastrukturanleihen angeregt. Die dadurch gewonnenen Finanzierungsmittel müssen ausschließlich projektbezogen verwendet werden. Auch die Europäische Zentralbank könnte einen Teil der Refinanzierungen von Geschäftsbanken über diesen Finanzierungskanal laufen lassen. Damit wären nicht nur langfristige und billige Finanzierungen für neue Infrastrukturaufgaben verfügbar, sondern auch kurzfristig dringend notwendige Beschäftigungsimpulse erzielbar.
- Innovation und Finanzierung sind insgesamt enger zu verschränken. Neue langfristige Finanzierungsinstrumente mit niedrigen Kapitalkosten sind zu erschließen. Die naheliegenden Kapitalgeber dafür sind Pensions- und Versicherungsfonds. Das Spektrum der innovativen Finanzierungsmechanismen reicht von neuen Unternehmungen, die standardisierte kleine Energietechnologien anbieten und die Investitionen gebündelt zur Finanzierung dem Kapitalmarkt anbieten bis zu Crowdfunding.

8 EIN EUROPA FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION – EIN EUROPA FÜR DIE JUGEND

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Die dramatisch steigende Jugendarbeitslosigkeit nimmt der jungen Generation den Glauben an die Zukunft und die Hoffnung auf persönliche Entwicklung und Wohlstand. Die Europäische Union, als einzigartiges Friedens- und Wohlstandsprojekt, hat die Verantwortung nachhaltiger Perspektiven zu schaffen.

Gerade junge Europäer_innen tragen einen schweren Rucksack: der öffentliche Schuldenstand der Eurozone beläuft sich bereits auf 93,4% des BIP, ein Erbe das künftige Generationen antreten müssen.

Aufgrund „geschlossener Arbeitsmärkte“, speziell für junge Menschen und Migranten_innen, haben zu viele junge Europäer_innen keinen Zugang zu geregelten Jobs und der damit einhergehenden Absicherung – rund 5,5 Millionen Europäer_innen unter 25 sind derzeit arbeitslos.

Anstatt noch massiver in Bildung zu investieren und die europäische Vernetzung der Schulen und Universitäten entschlossen weiter zu führen, werden unkoordinierte und zögerliche Schritte gesetzt. Dadurch werden die Chancen einer ganzen Generation leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

DIE VISION

Europa wird zu einem Ort, an dem

- soziale Absicherung die Schwächsten auffängt, ohne die Jugend zu belasten,
- der Arbeitsmarkt Chancengerechtigkeit auch für Junge herstellt,
- neue gemeinsame Visionen in Europa jungen, wissbegierigen und gut ausgebildeten Menschen den Weg in die Zukunft weisen,

- an dem die besten Wissenschaftler_innen, Forschungseinrichtungen und Universitäten, aber auch Bürger_innen ermuntert werden, neue innovative, unternehmerische Wege zu gehen und ein Ort an dem,
- die Jugend die Europäische Union kritisch betrachtet, konstruktiv diskutiert und kreativ weiter entwickelt und verbessert, anstatt ihr mit Misstrauen zu begegnen.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Bildung in Europa

Inadäquate Förderprogramme haben zur Folge, dass es noch immer zu wenig europaweite Mobilität im Bildungsbereich gibt. Bildung umfasst lebenslanges Lernen von der Pflichtschule bis zur Erwachsenenbildung. Während das Erasmus-Programm bereits etabliert ist (und trotzdem um Förderungen kämpfen muss), gibt es kaum Mobilität im Pflichtschulbereich.

Um die Vorteile der Bologna-Reform in vollem Umfang zu nutzen und einen echten Europäischen Bildungsraum zu schaffen, sind Korrekturen und Visionen notwendig:

- Bewerbung des Pflichtschul-Mobilitätsprogramms und Förderung von Schulreisen ins Ausland, insbesondere innerhalb der EU.
- Bologna-Koordination: Eine zentrale Anlaufstelle als Unterstützungszentrale für Universitäten.
- Einheitliche Standards für Anrechnungen – Universitäten sollen durch Freifächer und Brückenkurse mehr interessierten Studierenden den Wechsel ermöglichen.
- Einführung EU-weiter Test-Standards (ähnlich dem ECDL oder TOEFL-Test), um nach der Matura den leichteren Einstieg in ausländische Unis zu schaffen.

Duale Ausbildung für ganz Europa

Das Modell der dualen Ausbildung ist ein österreichisches Best Practice Modell zur nachhaltigen Sicherung des Angebots an qualifizierten Fachkräften in handwerklichen Berufen und zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Dieses Modell ist beispielhaft für Europa. Teil

dieses Modells soll ein attraktives Austauschprogramm für Lehrlinge und Fachkräfte sein, um den europaweiten Austausch von Wissen und Fertigkeiten auch für berufstätige Menschen zu ermöglichen.

Arbeiten in Europa

Langfristige Vision eines Flexicurity Modells für ganz Europa, das heißt: flexible und verlässliche vertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen ohne Sonderprivilegien. Das heißt aber auch: umfassende Fortbildungsstrategien für lebenslanges Lernen, wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen kombiniert mit fairen und transparenten Sozialversicherungssystemen.

Die EU soll unter Einbeziehung der nationalen Jugendagenturen ein europäisches Gütesiegel „Praktikum“ kreieren, damit nachvollziehbar wird, dass Praktika qualifizieren und Praktikant_innen nicht als Billig Arbeitskräfte eingesetzt werden. Die Kriterien, die für dieses Gütesiegel erfüllt werden müssen, sollten unter anderem folgende Punkte abdecken: Betreuungsverhältnis innerhalb des Unternehmens, faire Praktikumsverträge und klare Definition der Lernziele und Aufgaben.

Partizipation junger Menschen in der Union

Junge Menschen müssen in Europa Gehör finden. Gute Initiativen wie das „Model European Parliament“ müssen als Grundlage für weitere Schritte gelten:

- Aktives Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken.
- Informationspolitik der EU für die Zielgruppe Jugend verbessern.
- Europäisches Jugendparlament – Jugendvertretungen aller Ländern entsenden Delegierte, die auch online über europaweite Initiativen zu Jugendpolitik diskutieren und Antrags- und Rederecht im Europäischen Parlament haben.
- Online-Partizipation für Jugendliche aus ganz Europa schaffen.
- Europa-Kunde als integraler Bestandteil der politischer Bildung in allen europäischen Ländern.

Junge Europäische Freiwillige

- Abschaffung der Wehrpflicht in ganz Europa (im Zuge der Schaffung eines europäischen Freiwilligenheers).
- Einführung eines freiwilligen europäischen (sozialen, ökologischen) Jahres (auch schon jetzt als Alternative zum nationalen Wehr- oder Wehersatzdienst) mit klarer Zieldefinition für das Programm.
- Europäischer Freiwilligenpass der non-formale Ausbildungen, die im Zuge freiwilliger Arbeit absolviert werden, dokumentiert. Der Europäische Freiwilligenpass ist mit Vergünstigungen in Kulturinstitutionen und Transportmitteln wie den Bahnen in ganz Europa verbunden.

Junge Unternehmer_innen

Junge Unternehmer_innen sind die KMU von morgen und damit Europas Zukunft für Innovation, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit.

- Europäische Austauschprogramme für Jungunternehmer_innen forcieren (z.B. ERASMUS for Young Entrepreneurs) und in Österreich besser bekannt machen.
- Effektive Netzwerke und Begegnungsräume für Jungunternehmer_innen schaffen und weiter ausbauen (z.B. Impact HUB).
- Schaffung geeigneter Finanzinstrumente. Die Beschaffung von (Risiko)Kapital für Unternehmensgründungen, ist bedingt durch die Folgen der Finanzkrise, deutlich schwieriger geworden. Daher spielen alternative Finanzierungsmodelle wie „Crowdfunding“ eine zunehmend wichtige Rolle zur Diversifikation. Wichtig dafür ist eine europaweite Harmonisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen, um das Risiko für Unternehmen und Investoren zu reduzieren. Ebenso wichtig ist Austausch und Kooperation der Crowdfunding Plattformen (z.B. durch das „European Crowdfunding Network“) als Dachplattform.
- Schaffung einer Gesellschaftsform auf EU-Ebene, die speziell auf Entrepreneurship/Start-Ups abzielt.
- Jungunternehmerfonds gespeist aus Privatisierungserträgen und gleichzeitiger Abbau von bürokratischen Hürden im Förderdschungel.

Jugend macht Europa

Viele junge Menschen sehen Europa zu sehr als Projekt der (älteren) Eliten und traditionellen Routinen. Dies müssen wir ändern: Die Jugend soll Europa erleben und gestalten können. Europa soll ein Kontinent der Generationengerechtigkeit werden.

- Englisch als gemeinsame zusätzliche Amtssprache in allen öffentlichen Institutionen, um echte Mobilität zu verwirklichen.
- 9. Mai – Europafeiertag, ein arbeitsfreier Tag für ganz Europa, im Abtausch gegen einen nationalen gesetzlichen Feiertag.
- Maastricht neu – Bekenntnis einer generationengerechten Politik in Europa durch klare Regeln für Schuldenabbau und zur Schonung gesamteuropäischer Ressourcen, um das Europa von morgen zu sichern.



NEOS.EU

IMPRESSUM:

NEOS – Das Neue Österreich und liberales Forum
Neustiftgasse 73-75/7, 1070 Wien